



BORIS PALMER

Mitglied des Landtags von Baden-Württemberg
Wahlkreis Tübingen, Fraktion GRÜNE

Boris Palmer MdL, Konrad-Adenauer-Str. 12, 70173 Stuttgart

70173 STUTT GART
Konrad-Adenauer-Str. 12
Telefon (0711) 20 63-691
Telefax (0711) 20 63-660
boris.palmer@gruene.de
www.boris-palmer.de

72074 TÜBINGEN
Stäudach 92
Telefon (0 70 71) 88 80 86

Stuttgart, den 22.10.2002

Der Tübinger Landtagsabgeordnete Boris Palmer kritisierte scharf die Pläne der Landesregierung, im Wissenschaftshaushalt 30 Millionen Euro einzusparen. Die Landesregierung breche damit Zusagen, die sie im Zuge des Solidarpakts den Hochschulen des Landes gegeben habe. „Ein Vertrag, wie der Solidarpakt“, so Palmer, „muss in guten wie in schlechten Zeiten gelten“. Es gehe nicht an, dass die Universitäten 10% ihrer Stellen opfern und dann im ersten schlechten Haushaltsjahr trotz gegenteiliger Zusagen sofort wieder bluten müssen. Palmer: „Die Landesregierung verfährt nach dem Motto: Nehmen ist seliger als geben!“ In guten Jahren, so Palmer, sei es keine Kunst, sich an Vereinbarungen zu halten – jetzt zeige sich aber, dass mit dem Wort der Landesregierung kein Staat zu machen sei.“

Die Ankündigung des Wissenschaftsministers, 20 Mio. € aus der Landesstiftung für die Ausstattung von Professuren zur Verfügung zu stellen, sei, so Palmer, kein Ausgleich. Neben der grundsätzlichen Kritik, dass die Landesregierung einmal mehr Privatisierungserlöse am Landtag vorbei verteile, bleibe festzuhalten, dass mehr genommen als gegeben werde. „Zudem“, so Palmer, „lasse die Konzentration auf bestimmte Forschungsfelder, wie die Mikro- und Nanotechnologie, die Materialwissenschaften etc. nichts Gutes für die Uni Tübingen erahnen.“ Palmer: „Die Geisteswissenschaften müssen immer mehr die Funktion einer Melkkuh erfüllen: Bei der inneruniversitären Sparrunde mussten sie die Opfer bringen, das Land legt nun nach.“

Palmer forderte das Land auf, dem Bund zu folgen: „Rot-Grün in Berlin zeigt, wo die richtigen Prioritäten liegen. „Durch das Schließen von Steuerschlupflöchern gelingt es der Bundesregierung, auch in schwieriger Haushaltsslage den Forschungs- und Bildungsetat weiter zu steigern. Das Land,“ so Palmer, „biete hierzu das Alternativprogramm: Polemisieren gegen die Steuerpolitik und gleichzeitig Kürzen im Bildungssektor: auf diese Weise verspielt man die Zukunft des Landes.“ Es wird Zeit“, so Palmer, „dass die Landesregierung nicht nur in Worten, sondern auch in Taten den Wert der Bildung für dieses Land erkennt.“